



78.782/3

Parlament der DG					
089483			01.10.25		
1	2	3	4	GS	PDT

Sitzungsperiode: 2025-2026
Datum: XX. XXX 2025

Original

Kopie

**DEKRETVORSCHLAG ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 17. JANUAR 1994
ZUR FESTLEGUNG DER VERFAHRENSWEISE DER IM RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GENEINSCHAFT EINGESETZTEN UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE**

EINGEREICHT VON:
Herrn XX, Frau XX

INHALTSANGABE

Durch den vorliegenden Dekretvorschlag wird das Verfahren zur Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen überarbeitet, um die Regelung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die Entwicklungen im Bereich des parlamentarischen Untersuchungsrechts anzupassen.

INHALTSVERZEICHNIS

Begründung	3
Allgemeine Erläuterungen	3
Kommentar zu den Artikeln	3
Dekretvorschlag	9

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Artikel 44 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, der auf Artikel 40 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen verweist, erkennt dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das parlamentarische Untersuchungsrecht zu. Auf dieser Grundlage wurde die Handhabung des Untersuchungsrechts auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Dekret vom 17. Januar 1994 zur Festlegung der Verfahrensweise der im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzten Untersuchungsausschüsse (im Folgenden: Dekret vom 17. Januar 1994) geregelt. Sie basiert auf den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Mai 1880 über parlamentarische Untersuchungen.

Der vorliegende Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 17. Januar 1994 zielt darauf ab, die Verfahrensweise der Untersuchungsausschüsse zu aktualisieren und zu präzisieren. Seit seiner Verabschiedung wurde das Dekret vom 17. Januar 1994, das auf dem Gesetz vom 3. Mai 1880 basiert, nicht mehr abgeändert. Die Regional- und Gemeinschaftsparlamente müssen selbst die Initiative ergreifen, um ihre Regelungen an die Entwicklungen anzupassen, die sich im Bereich des parlamentarischen Untersuchungsrechts ergeben haben. Die Rechtsgrundlagen für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen wurden auf föderaler Ebene sowie in den anderen Regional- und Gemeinschaftsparlamenten aufgrund von neuen Bedürfnissen bereits angepasst.

Die im vorliegenden Dekretvorschlag vorgeschlagene Aktualisierung des Verfahrens zur Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen im Dekret vom 17. Januar 1994 orientiert sich an den Bestimmungen der anderen Regional- und Gemeinschaftsparlamente und insbesondere an den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Mai 1880.

Außerdem dient der vorliegende Dekretvorschlag der Klärung einer bestehenden Rechtsunsicherheit. Er lehnt sich dabei an den derzeit auf föderaler Ebene in Ausarbeitung befindlichen Gesetzesvorschlag des Senats zu einer „loi interprétative“¹ sowie an die Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt vom 16. Mai 2024 an. Für weiterführende Informationen zum Hintergrund der Entstehung dieser Rechtsunsicherheit wird auf die genannten Dokumente verwiesen.

Schließlich sieht der Dekretvorschlag auch die Einführung von Regelungen zum Ende, zur Verlängerung sowie zur Aufhebung der Schweigepflicht in Bezug auf Unterlagen geheimer Sitzungen des Untersuchungsausschusses in das Dekret vom 17. Januar 1994 vor. Diese Bestimmungen orientieren sich am Gesetzesvorschlag der Abgeordnetenkammer².

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Seit 2004 werden die bisherigen Regional- und Gemeinschaftsräte offiziell als „Parlamente“ bezeichnet. Infolgedessen werden im Dekret vom 17. Januar 1994 nunmehr sämtliche Verweise auf den „Rat“ durch den Begriff „Parlament“ ersetzt. In diesem Zusammenhang wird daher auch die Überschrift des Dekrets vom 17. Januar 1994 entsprechend angepasst.

¹ *Parlamentsdok.*, Senat, 2024-2025, Nr. 8-70/1.

² *Parlamentsdok.*, Kammer, 2024-2025, Nr. 707/1.

Artikel 2

Artikel 2 ergänzt Artikel 1 des Dekrets vom 17. Januar 1994 um einen Absatz, der die klare Trennung und Unabhängigkeit zwischen parlamentarischen und gerichtlichen Untersuchungen sicherstellt. Eine parlamentarische Untersuchung kann sowohl vor, während als auch nach einer gerichtlichen Untersuchung zur selben Angelegenheit eingeleitet werden, sodass beide Untersuchungsarten parallel zueinander verlaufen können. Eine parlamentarische Untersuchung darf jedoch eine gerichtliche Untersuchung weder ersetzen noch behindern.

Dieser Artikel nimmt ebenfalls eine terminologische Korrektur vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 3

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Korrektur in Artikel 2 des Dekrets vom 17. Januar 1994 vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 4

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihre Tätigkeit unter größtmöglicher Vertraulichkeit ausüben können. Daher ist es erforderlich, dass der Untersuchungsausschuss das Recht der Parlamentsmitglieder, an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses teilzunehmen, einschränken kann, sofern dies zur Sicherstellung der Effektivität und Integrität der Untersuchung notwendig ist.

Um dem Untersuchungsausschuss mehr Flexibilität zu geben, wird vorgesehen, dass dieser jederzeit, auch nach seiner Einsetzung, entscheiden kann, in öffentlicher Sitzung zu tagen. Diese Bestimmung ermöglicht es dem Untersuchungsausschuss, situationsabhängig zu entscheiden, ob die Geheimhaltung weiterhin erforderlich ist.

Es wird ebenfalls präzisiert, dass sämtliche Personen, die an nicht öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses teilnehmen, zur Wahrung des vertraulichen Charakters der Tätigkeiten des Untersuchungsausschusses verpflichtet sind. Zu diesem Zweck haben sie einen Geheimhaltungseid zu leisten, der eine formelle und rechtsverbindliche Verpflichtung zur Verschwiegenheit darstellt und dem Schutz sensibler Informationen dient. Die Verletzung der Geheimhaltungspflicht wird gemäß den Bestimmungen von Artikel 458 des Strafgesetzbuches geahndet.

Verletzungen der Geheimhaltungspflicht durch Mitglieder des Parlaments unterliegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Parlaments. Dies dient der Wahrung der Disziplin und Integrität innerhalb des Parlaments sowie der Stärkung des Vertrauens in die Arbeit des Untersuchungsausschusses.

In Anlehnung an den Gesetzesvorschlag des Senats vom 23. Januar 2025³ und an die Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt vom 16. Mai 2024⁴ wird Artikel 3 des Dekrets vom 17. Januar 1994 um einen Absatz 7 ergänzt. Dieser sieht ausdrücklich vor, dass Protokolle nicht öffentlicher Sitzungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht durch richterliche Anordnung beschlagnahmt werden können. Verlangen die Justizbehörden die Übermittlung von Protokollen von Zeugenaussagen, die in einer nicht öffentlichen Sitzung eines Untersuchungsausschusses abgegeben wurden, oder von Dokumenten, die während einer solchen Sitzung übergeben wurden, obliegt es einem Untersuchungsausschuss gemäß dem neuen Absatz 9 von Artikel 3 des Dekrets vom 17. Januar 1994, nach eigenem Ermessen über eine mögliche Aufhebung der Geheimhaltung zu entscheiden.

³ *Parlamentsdok.*, Senat, 2024-2025, Nr. 8-70/1.

⁴ Ordonnance du 16 mai 2024 modifiant l'ordonnance du 19 juillet 2001 relative aux enquêtes parlementaires.

In Anlehnung an den Gesetzesvorschlag der Abgeordnetenkommer vom 11. Februar 2025⁵ wird Artikel 3 des Dekrets vom 17. Januar 1994 um die Absätze 8 bis 10 ergänzt. Diese Bestimmungen regeln das Ende, die Verlängerung sowie die Aufhebung der Schweigepflicht in Bezug auf Unterlagen, die aus einer geheimen parlamentarischen Untersuchung hervorgegangen sind.

Grundsätzlich endet die Schweigepflicht automatisch nach Ablauf einer Frist von 50 Jahren ab Veröffentlichung des Berichts des Untersuchungsausschusses. Sofern kein Bericht vorliegt, endet sie 50 Jahre nach dem Ende des Auftrags des Untersuchungsausschusses.

In Ausnahmefällen kann die Verlängerung der oben erwähnten Frist entschieden werden. Eine solche Entscheidung kann entweder auf schriftlichen Antrag eines Dritten oder auf Initiative des Parlaments getroffen werden. Zu diesem Zweck setzt das Parlament einen neuen Untersuchungsausschuss ein, der über die Verlängerung der Schweigepflicht entscheidet, indem er die Untersuchung wieder aufnimmt und die Daten sowohl in ihren damaligen als auch in ihren heutigen Kontext einordnet. Dies ermöglicht die Anwendung der Regeln zur Gewährleistung der Vertraulichkeit. Sofern keine ausdrückliche Entscheidung des Untersuchungsausschusses zur Verlängerung der Schweigepflicht vorliegt, bleibt die ursprünglich festgelegte Frist bestehen. Die Dauer der Schweigepflicht darf jedoch 100 Jahre nicht überschreiten.

Ein schriftlicher Antrag auf Aufhebung der Schweigepflicht kann ausschließlich von einem Richter an das Parlament gestellt werden, sofern dies im Rahmen seiner Untersuchung erforderlich ist. Der Antrag darf ausschließlich die Aussage einer verstorbenen Person betreffen. Das Parlament kann daraufhin einen neuen Untersuchungsausschuss einsetzen. Dieser Ausschuss entscheidet über den Antrag auf Aufhebung der Schweigepflicht. Sofern keine ausdrückliche Entscheidung des Untersuchungsausschusses zur Aufhebung der Schweigepflicht vorliegt, bleibt sie bestehen.

Außerdem nimmt dieser Artikel eine terminologische Korrektur vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 5

Artikel 4 des Dekrets vom 17. Januar 1994 wird vollständig ersetzt, um die Untersuchungsmaßnahmen, das Verfahren zu deren Ausführung sowie das Einholen von Informationen durch den Untersuchungsausschuss zu präzisieren.

Der im bisherigen Absatz 1 enthaltene Verweis auf den Untersuchungsrichter wird durch eine Bezugnahme auf die im Strafprozessgesetzbuch vorgesehenen Untersuchungsmaßnahmen ersetzt. Aufgrund des Grundsatzes der Gewaltenteilung ist eine klare Abgrenzung zwischen den Befugnissen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und jenen der Justiz unabdingbar. Der Untersuchungsausschuss führt keine gerichtlichen Untersuchungen durch und kann daher nicht mit dem Untersuchungsrichter gleichgesetzt werden. Die vorgeschlagene Neufassung des Artikels ermöglicht es dem Untersuchungsausschuss jedoch weiterhin, umfangreiche und wirksame Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen.

Die §§2 und 3 schaffen die rechtliche Grundlage für die Hinzuziehung eines Magistraten zur Durchführung bestimmter Untersuchungsaufträge des Ausschusses. Obwohl der Untersuchungsausschuss theoretisch sämtliche im Strafprozessgesetzbuch vorgesehenen Untersuchungsmaßnahmen ergreifen kann, verfügt er jedoch in der Regel weder über die erforderlichen zeitlichen Ressourcen noch über die nötige Erfahrung und die notwendige juristische Expertise, um die Untersuchungsmaßnahmen erfolgreich durchzuführen. Somit

⁵ *Parlamentsdok.*, Kammer, 2024-2025, Nr. 707/1.

ist der Untersuchungsausschuss auf die Mitwirkung eines fachkundigen Magistraten angewiesen.

Beabsichtigt das Parlament oder der Untersuchungsausschuss, für die Durchführung bestimmter Untersuchungsmaßnahmen auf die Unterstützung von Magistraten zurückzugreifen, ist ein entsprechendes Ersuchen an den Ersten Präsidenten des Appellationshofs zu richten. Dieser bestimmt einen oder mehrere Gerichtsräte am Appellationshof bzw. Richter des Gerichts Erster Instanz aus dem Zuständigkeitsbereich, in dem die Untersuchungsmaßnahme durchzuführen ist. Der beauftragte Magistrat arbeitet unter der Leitung des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, ohne jedoch dessen disziplinarischer Aufsicht zu unterliegen. Er hält die Ergebnisse seiner Untersuchung in einem schriftlichen Bericht fest, den er dem Untersuchungsausschuss übermittelt.

Für eine große Anzahl von Untersuchungsmaßnahmen ist die Mitwirkung eines Magistraten zwingend vorgeschrieben. §3 enthält eine abschließende Aufzählung dieser spezifischen Untersuchungsmaßnahmen: Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Beschlagnahme von Gegenständen, Durchsuchungen, Abhörmaßnahmen sowie das Erfassen, Aufzeichnen und Auswerten von Nachrichten und privaten Fernmeldeverbindungen, wie z. B. das Abhören von Telefongesprächen. Aufgrund der Sensibilität und Komplexität dieser Untersuchungsmaßnahmen ist die Beteiligung eines erfahrenen Magistraten erforderlich, insbesondere um die Rechte und Interessen der betroffenen Personen zu gewährleisten.

§4 sieht vor, dass ein Untersuchungsausschuss Einsicht in die Akten eines laufenden gerichtlichen Ermittlungsverfahrens nehmen kann, vorausgesetzt dass das parlamentarische Untersuchungsrecht die gerichtliche Untersuchung nicht behindert. Das entsprechende Ersuchen ist an den zuständigen Generalprokurator beim Appellationshof, an den Generalauditor beim Appellationshof oder den Generalauditor beim Militärgerichtshof zu richten.

Zur Beilegung eventueller Konflikte mit den Justizbehörden, z. B. insbesondere in Fällen, in denen der zuständige Magistrat die beantragte Akteneinsicht verweigert, verweist der vorgeschlagene §4 auf das Schiedsverfahren gemäß Artikel 4 §5 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. Mai 1880 über parlamentarische Untersuchungen. Gemäß diesem Verfahren entscheidet ein Kollegium, bestehend aus dem Ersten Präsidenten des Kassationshofs, dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshof und dem Ersten Präsidenten des Staatsrats, über den Streitfall.

Artikel 4 §5 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. Mai 1880 über parlamentarische Untersuchungen schreibt ebenfalls das anzuwendende Verfahren vor. Das Kollegium tagt in geheimer Sitzung und kann sowohl den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses als auch den beteiligten Magistraten unmittelbar anhören. Das Kollegium entscheidet ohne Einspruchsmöglichkeit. Die begründete Entscheidung wird in öffentlicher Sitzung verkündet, wobei die jeweiligen Interessen und insbesondere die Verteidigungsrechte berücksichtigt werden.

§5 regelt die Ausübung des Einsichtsrechts des Untersuchungsausschusses in Verwaltungssachen.

Artikel 6

Dieser Artikel ergänzt das Dekret vom 17. Januar 1994 um eine Strafbestimmung, die sich auf Zeugen bezieht, die zu Anhörungen durch den Untersuchungsausschuss geladen wurden, der Ladung jedoch nicht Folge leisten bzw. unentschuldigt fernbleiben.

Außerdem sind die Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches, die z. B. die Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe, die mildernden Umstände usw. betreffen, auf die Strafe für nicht erscheinende Zeugen anwendbar.

Dieser Artikel nimmt ebenfalls eine terminologische Korrektur vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 7 und 8

Diese Artikel nehmen eine terminologische Korrektur in den Artikeln 6 und 7 des Dekrets vom 17. Januar 1994 vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 9

Dieser Artikel präzisiert im Dekret vom 17. Januar 1994 die Anhörung von Zeugen im Untersuchungsausschuss.

Bevor sie vom Untersuchungsausschuss angehört werden, legen die Zeugen und Sachverständigen den Eid ab, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen. Es handelt sich dabei um denselben Eid, den Artikel 75 des Strafprozessgesetzbuches auch Zeugen vor dem Untersuchungsrichter auferlegt.

Artikel 8 des Dekrets vom 17. Januar 1994 wird dahin gehend ergänzt, dass Zeugen das Recht haben, die Aussage zu verweigern, wenn sie sich dadurch selbst einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würden. Diese Bestimmung entbindet den geladenen Zeugen jedoch nicht von der Pflicht, vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen und den Eid abzulegen. Erst nach Erfüllung dieser Formalitäten kann der Zeuge die Aussage verweigern.

Schließlich ist eine ausführliche Regelung über die Protokollierung der Zeugenaussagen vorgesehen.

Es wird außerdem eine terminologische Korrektur vorgenommen (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 10

Dieser Artikel nimmt zwei technische Korrekturen in Artikel 9 des Dekrets vom 17. Januar 1994 vor.

Artikel 11

Dieser Artikel ersetzt Artikel 11 des Dekrets vom 17. Januar 1994, um die Entschädigungen der Personen, die an der Untersuchung mitgearbeitet haben, zu aktualisieren.

Personen, deren Mitarbeit im Rahmen der Untersuchung in Anspruch genommen wurde, haben Anspruch auf eine Entschädigung gemäß dem Tarif der Gerichtskosten in Zivilsachen. Dieser Tarif wurde im Königlichen Erlass vom 27. Juli 1972 über das Zeugengeld in Zivilsachen und über die Einziehung und Rückgabe der in Artikel 953 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches vorgesehenen Vorschüsse festgelegt.

Artikel 12

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Korrektur in Artikel 12 des Dekrets vom 17. Januar 1994 vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 13

Dieser Artikel verpflichtet den Untersuchungsausschuss zur Erstellung eines öffentlichen Berichts über die durchgeführte Untersuchung. Dieser Bericht soll die Tätigkeiten des Untersuchungsausschusses festhalten, ohne dabei jedoch den vollständigen Verlauf der

Ausschusssitzungen wiedergeben zu müssen. Zudem soll er gegebenenfalls Empfehlungen zur Änderung der Dekretgebung enthalten, die politische ministerielle Verantwortung feststellen sowie Fragen einer möglichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit aufwerfen. Dieser Bericht muss dem zuständigen Ausschuss übermittelt werden, der über das weitere Vorgehen entscheidet.

Hinsichtlich des öffentlichen Charakters des Berichts wird klargestellt, dass der Untersuchungsausschuss souverän darüber entscheidet, ob Informationen, die in nicht öffentlichen Sitzungen erlangt wurden, veröffentlicht werden. Die Tatsache, dass der Untersuchungsausschuss in geheimer Sitzung tagt, steht der Aufnahme der erhaltenen Informationen in den Bericht nicht entgegen. Allerdings müssen diese Informationen bei einer Veröffentlichung mit größter Sorgfalt behandelt werden. Solange die Informationen nicht im Ausschussbericht verarbeitet wurden, bleiben alle an der Untersuchung Beteiligten zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet. Außerdem unterliegen geheime Informationen, die nicht im Bericht verarbeitet werden, weiterhin der Schweigepflicht.

Um der Schweigepflicht Rechnung zu tragen, wird vorgesehen, dass die Informationen, die in einer geheimen Sitzung des Untersuchungsausschusses erlangt wurden, im Bericht verarbeitet werden dürfen, sofern sowohl die Identität der Zeugen als auch die Identität der von ihnen benannten Personen geheim bleiben. Auf diese Weise ist die Möglichkeit, in geheimer Sitzung zu tagen, einschließlich der sich daraus ergebenden Schweigepflicht, mit der Erstellung eines Berichts vereinbar.

Grundsätzlich gilt die Schweigepflicht für einen Zeitraum von 50 Jahren ab Veröffentlichung des Berichts des Untersuchungsausschusses. Sofern kein Bericht vorliegt, endet sie 50 Jahre nach dem Ende des Auftrags des Untersuchungsausschusses. Sollte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Laufe seiner Untersuchung zu dem Schluss gelangen, dass diese Frist von 50 Jahren nicht ausreicht, insbesondere zum Schutz der angehörten Person oder ihrer Angehörigen, kann er dem Parlament bei Abschluss seiner Arbeiten eine Frist von mehr als 50 Jahren vorschlagen. Das Parlament entscheidet über die Verlängerung der Schutzfrist. Allerdings darf die Dauer der Schweigepflicht höchstens 100 Jahre betragen.

Außerdem nimmt dieser Artikel eine terminologische Korrektur vor (siehe den Kommentar zu Artikel 1).

Artikel 14

Ein neuer Artikel 13.1 wird ins Dekret vom 17. Januar 1994 eingefügt. Dieser Artikel dient der Klarstellung des Zwecks der zeitlichen Begrenzung und möglichen Aufhebung der Schweigepflicht in Bezug auf Unterlagen und Informationen, die aus geheimen Sitzungen des Untersuchungsausschusses stammen.

XXX

DEKRETVORSCHLAG

Artikel 1 – In der Überschrift des Dekrets vom 17. Januar 1994 zur Festlegung der Verfahrensweise der im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzten Untersuchungsausschüsse wird das Wort „Rat“ durch das Wort „Parlament“ ersetzt.

Art. 2 – Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „dem Rat“ durch die Wortfolge „dem Parlament“ und die Wortfolge „der Rat“ durch die Wortfolge „das Parlament“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 2 eingefügt:
„Die vom Parlament durchgeführten Untersuchungen ersetzen nicht die Untersuchungen der zuständigen Gerichtsbarkeit. Sie können parallel erfolgen, ohne jedoch deren ordnungsgemäßen Ablauf zu behindern.“

Art. 3 – In Artikel 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Der Rat“ durch die Wortfolge „Das Parlament“ ersetzt.

Art. 4 – Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Rat“ durch das Wort „Parlament“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Rates“ durch das Wort „Parlaments“ ersetzt und zwischen das Wort „beizuwohnen“ und den Punkt wird die Wortfolge „, es sei denn, der Untersuchungsausschuss entscheidet anders“ eingefügt.
3. In Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:
„Ein entsprechender Beschluss kann jederzeit gefasst werden.“
4. Folgende Absätze 5 bis 10 werden eingefügt:
„Andere Personen als Mitglieder des Parlaments, die in irgendeiner Eigenschaft an nicht öffentlichen Sitzungen des Ausschusses teilnehmen oder diesen beiwohnen, sind verpflichtet, zuvor den Eid abzulegen, den vertraulichen Charakter der Ausschusstätigkeiten zu wahren. Jede Verletzung dieser Schweigepflicht wird gemäß den Bestimmungen von Artikel 458 des Strafgesetzbuches geahndet.“

Verletzt ein Mitglied des Parlaments diese Schweigepflicht, erfolgt die Ahndung gemäß der Geschäftsordnung des Parlaments.

Weder ein Dokument noch ein Protokoll, das sich auf eine nicht öffentliche Sitzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses bezieht, kann von einem Richter beschlagnahmt werden.

Die Schweigepflicht endet entweder 50 Jahre nach der Veröffentlichung des in Artikel 13 Absatz 1 genannten Berichts oder, wenn kein Bericht vorliegt, 50 Jahre nach dem Ende des Auftrags des Untersuchungsausschusses oder nach einer über 50 Jahre hinausgehenden Frist, die gegebenenfalls vom Parlament gemäß Artikel 13 Absatz 3 festgelegt wird.

Vor Ablauf der gemäß Absatz 8 festgelegten Frist kann ein Richter durch einen an das Parlament gerichteten schriftlichen Antrag die Aufhebung der Schweigepflicht beantragen, sofern dies zur Durchführung seiner Untersuchung erforderlich ist. Dieser Antrag darf sich ausschließlich auf die Aussage einer verstorbenen Person beziehen. Erhält das Parlament einen solchen Antrag, kann es einen Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 2 einsetzen, der dem vorliegenden Dekret unterliegt. Dieser Ausschuss bestimmt über die Aufhebung der Schweigepflicht in Bezug auf die von ihm bestimmten Unterlagen.

Vor Ablauf der gemäß Absatz 8 festgelegten Frist kann das Parlament von sich aus oder auf schriftlichen Antrag eines Dritten an das Parlament einen Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 2 einsetzen, der dem vorliegenden Dekret unterliegt. Dieser Ausschuss

entscheidet über eine Verlängerung der Frist für die vom Ausschuss bestimmten Unterlagen. Im Falle einer solchen Verlängerung endet die Schweigepflicht spätestens 100 Jahre nach der Veröffentlichung des in Artikel 13 Absatz 1 genannten Berichts oder, wenn kein Bericht vorliegt, 100 Jahre nach dem Ende des Auftrags des Untersuchungsausschusses.“

Art. 5 – Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4 – §1 Das Parlament oder der Ausschuss sowie ihre Präsidenten bzw. Vorsitzenden, sofern diese dazu ermächtigt sind, können alle Untersuchungsmaßnahmen ergreifen, die im Strafprozessgesetzbuch vorgesehen sind.

§2 - Für die Durchführung von zuvor festzulegenden Untersuchungsaufträgen kann das Parlament oder der Ausschuss einen Antrag an den Ersten Präsidenten des Appellationshofs richten. Dieser bestimmt einen oder mehrere Gerichtsräte am Appellationshof oder Richter des Gerichts Erster Instanz aus dem Gerichtsbezirk, in dem die Untersuchungsaufträge zu erfüllen sind.

Bei der Durchführung dieser Untersuchungsaufträge untersteht der beauftragte Magistrat der Weisung des Ausschussvorsitzenden. Er legt einen schriftlichen Bericht vor, in dem die Ergebnisse seiner Untersuchungen festgehalten werden.

Der beauftragte Magistrat kann außerhalb seines Gerichtsbezirks tätig werden und seine Untersuchung auf das gesamte Königreich ausdehnen.

§3 - Wenn die Untersuchungsmaßnahmen eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Beschlagnahme von Gegenständen, eine Haussuchung oder das Abhören, die Kenntnisnahme und die Aufzeichnung von Nachrichten sowie privaten Fernmeldeverbindungen beinhalten, ist das Einschreiten des gemäß §2 bestimmten Magistraten zwingend erforderlich.

Die Artikel 35 bis 39 sowie 90ter bis 90novies des Strafprozessgesetzbuches über die Beschlagnahme von Gegenständen und das Abhören, die Kenntnisnahme und die Aufzeichnung von Nachrichten und privaten Fernmeldeverbindungen finden durch den im vorhergehenden Absatz erwähnten Magistraten Anwendung.

§4 - Müssen Auskünfte in Kriminal-, Korrektional-, Polizei- und Disziplinarsachen eingeholt werden, richtet der Ausschuss ein schriftliches Ersuchen an den Generalprokurator beim Appellationshof, den Generalauditor beim Appellationshof oder den Generalauditor beim Militärgerichtshof, um Einsicht in Kopien der Untersuchungsaufträge und Verfahrenshandlungen zu erhalten, die er für erforderlich hält.

Wenn der zuständige Magistrat dieses Ersuchen durch eine mit Gründen versehene Entscheidung ablehnt, können das Parlament, der Ausschuss oder ihre Präsidenten bzw. Vorsitzenden hiergegen Berufung bei dem Kollegium einlegen, das gemäß Artikel 4 §5 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. Mai 1880 über parlamentarische Untersuchungen eingesetzt wurde.

§5 - Müssen Auskünfte in Verwaltungssachen eingeholt werden, richtet der Ausschuss ein schriftliches Ersuchen an den zuständigen Minister, der diesem Ersuchen unverzüglich Folge zu leisten hat.“

Art. 6 – Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort „Ratspräsidenten“ wird durch das Wort „Parlamentspräsidenten“ und das Wort „die“ wird durch das Wort „Die“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„Wer geladen wird, um als Zeuge angehört zu werden, ist verpflichtet zu erscheinen und der Ladung Folge zu leisten, andernfalls droht eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis

zu sechs Monaten sowie eine Geldbuße von 500 bis zu 10.000 Euro. Die Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches finden Anwendung."

Art. 7 – In Artikel 6 desselben Dekrets wird das Wort „Ratspräsident“ durch das Wort „Parlamentspräsident“ ersetzt.

Art. 8 – In Artikel 7 desselben Dekrets wird das Wort „Ratsmitglieder“ durch das Wort „Parlamentsmitglieder“ ersetzt.

Art. 9 – Artikel 8 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Rat“ durch das Wort „Parlament“ und das Wort „Nachlässigkeit“ durch das Wort „Nachlässigkeit“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Bevor Zeugen angehört werden, sind sie verpflichtet, die Aufforderung oder Vorladung zur Aussage vorzulegen; dies wird im Protokoll vermerkt. Vor seiner Anhörung gibt der Zeuge seine Personalien, sein Geburtsdatum, seinen Geburtsort sowie seinen Wohnsitz an.“

Die Zeugen und Sachverständigen leisten anschließend den Eid, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen.

Die Sachverständigen bestätigen ihre mündlichen oder schriftlichen Protokolle mit folgendem Eid: „Ich schwöre, dass ich den mir erteilten Auftrag auf Ehre und Gewissen genau und ehrlich erfüllt habe.“

Unbeschadet des in Artikel 458 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Berufsgeheimnisses kann jeder Zeuge, der sich durch eine wahrheitsgemäße Aussage der Strafverfolgung aussetzen würde, die Aussage verweigern.

Das Protokoll der Zeugenaussagen wird entweder unmittelbar oder spätestens innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Abschluss der Anhörung vom Vorsitzenden und vom Zeugen unterzeichnet, nachdem es dem Zeugen vorgelesen wurde und er erklärt hat, auf seiner Aussage zu beharren. Es darf nicht zwischen den Zeilen geschrieben werden; Streichungen und Verweise sind vom Vorsitzenden und vom Zeugen zu genehmigen und zu paraphieren.

Weigert sich der Zeuge, das Protokoll zu unterzeichnen, wird dies im Protokoll vermerkt.“

Art. 10 – Artikel 9 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Wahl“ durch das Wort „Wahl-“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Angabe „3 000 F“ durch die Angabe „3.000 Euro“ ersetzt.

Art. 11 – Artikel 11 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 11 – Die Entschädigungen für Personen, deren Mitarbeit bei der Untersuchung in Anspruch genommen wurde, werden gemäß dem Tarif für Gerichtskosten in Zivilsachen ausgezahlt.“

Art. 12 – In Artikel 12 desselben Dekrets wird das Wort „Rates“ durch das Wort „Parlaments“ und das Wort „der“ durch das Wort „das“ ersetzt.

Art. 13 – Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Vor Absatz 1 werden folgende Absätze eingefügt:
„Der Ausschuss hält seine Tätigkeiten in einem öffentlichen Bericht fest. Er formuliert seine Schlussfolgerungen und macht gegebenenfalls Anmerkungen zu den durch die Untersuchung aufgedeckten Verantwortlichkeiten sowie Vorschläge für eine Abänderung der Rechtsvorschriften.“

Die Informationen, die während oder im Zusammenhang mit geheimen Sitzungen des Untersuchungsausschusses offengelegt werden, unterliegen der Schweigepflicht. Diese Informationen dürfen im Bericht verarbeitet werden, sofern die Identität der Zeugen sowie die Identität der von den Zeugen genannten Personen gewahrt bleibt.

Falls sich im Verlauf der parlamentarischen Untersuchung ein entsprechendes Erfordernis ergibt, kann ein Untersuchungsausschuss dem Parlament vorschlagen, eine Frist für den Ablauf der in Artikel 3 genannten Schweigepflicht festzulegen, die mehr als 50 Jahre nach der Veröffentlichung des Berichts, oder, wenn kein Bericht vorliegt, 50 Jahre nach dem Ende des Auftrags des Untersuchungsausschusses endet, wobei diese Frist 100 Jahre nicht überschreiten darf. Die endgültige Entscheidung hierüber trifft das Parlament."

2. In Absatz 1, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge „des Rates, der“ durch die Wortfolge „des Parlaments, das“ ersetzt.
3. In Absatz 2, der zu Absatz 5 wird, wird die Wortfolge „der Rat“ durch die Wortfolge „das Parlament“ ersetzt.

Art. 14 – In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 13.1 eingefügt:

„Art. 13.1 – Die Artikel 3 Absätze 8 bis 10 und 13 Absatz 3 sollen ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz des Rechts auf Privatleben, dem Recht auf Information, der Wirksamkeit der parlamentarischen Untersuchung und der Möglichkeit, an einer gerichtlichen Untersuchung mitzuwirken, gewährleisten.“

XXX

LIESA SCHOLZEN

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'L. Scholzen', with a stylized, sweeping underline.



Zitting: 2025-2026
Datum: 1 oktober 2025

**VOORSTEL VAN DECREET TOT WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 17 JANUARI
1994 TOT VASTSTELLING VAN DE WERKING VAN DE COMMISSIES VAN ONDER-
ZOEK INGERICHT IN DE RAAD VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

INGEDIEND DOOR:
mevrouw L. SCHOLZEN

INHOUDSOPGAVE

Met het voorliggende voorstel van decreet wordt de procedure voor de instelling van parlementaire onderzoekscommissies herzien, om de regeling van de Duitstalige Gemeenschap aan te passen aan de ontwikkelingen op het gebied van het parlementaire onderzoeksrecht.

INHOUDSOPGAVE

Toelichting.....	3
Algemene opmerkingen	3
Commentaar bij de artikelen	3
Voorstel van decreet	9

TOELICHTING

ALGEMENE OPMERKINGEN

Artikel 44 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, die verwijst naar artikel 40 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, kent het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het parlementaire onderzoeksrecht toe. Op basis hiervan werd de toepassing van het onderzoeksrecht in de Duitstalige Gemeenschap geregeld in het decreet van 17 januari 1994 tot vaststelling van de werking van de commissies van onderzoek ingericht in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap (hierna: decreet van 17 januari 1994). Deze regeling is gebaseerd op de bepalingen van de wet van 3 mei 1880 op het parlementair onderzoek.

Het voorliggende voorstel van decreet tot wijziging van het decreet van 17 januari 1994 heeft tot doel de werkwijze van de onderzoekscommissies te actualiseren en te verduidelijken. Sinds de aanneming ervan is het decreet van 17 januari 1994, dat gebaseerd is op de wet van 3 mei 1880, niet meer gewijzigd. De gewest- en gemeenschapsparlementen moeten zelf het initiatief nemen om hun regelingen aan te passen aan de ontwikkelingen die zich hebben voorgedaan op het gebied van het parlementaire onderzoeksrecht. De rechtsgrondslagen voor de instelling van onderzoekscommissies zijn op federaal niveau en in de andere gewest- en gemeenschapsparlementen reeds aangepast op basis van nieuwe behoeften.

De in het voorliggende voorstel van decreet voorgestelde actualisering van de procedure voor de instelling van parlementaire onderzoekscommissies in het decreet van 17 januari 1994 is gebaseerd op de bepalingen van de andere gewest- en gemeenschapsparlementen en in het bijzonder op de bepalingen van de wet van 3 mei 1880.

Daarnaast beoogt het voorstel van decreet het verduidelijken van een bestaande rechtsonzekerheid. Daarbij wordt aansluiting gezocht bij het wetsvoorstel tot uitlegging van de Senaat¹, dat momenteel op federaal niveau wordt uitgewerkt, evenals bij de ordonnantie van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest van 16 mei 2024. Voor nadere informatie over de achtergrond van het ontstaan van deze rechtsonzekerheid wordt verwezen naar de genoemde documenten.

Ten slotte voorziet het voorstel van decreet ook in de invoering van bepalingen inzake het einde, de verlenging en de opheffing van de geheimhoudingsplicht met betrekking tot documenten van geheime vergaderingen van de onderzoekscommissie in het decreet van 17 januari 1994. Deze bepalingen zijn geïnspireerd op het wetsvoorstel van de Kamer van Volksvertegenwoordigers².

COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN

Artikel 1

Sinds 2004 worden de vroegere gewest- en gemeenschapsraden officieel “parlementen” genoemd. Bijgevolg worden in het decreet van 17 januari 1994 voortaan alle verwijzingen naar de “Raad” vervangen door de benaming “Parlement”. In dit verband wordt ook het opschrift van het decreet van 17 januari 1994 dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 2

¹ Doc., Senaat, 2024-2025, nr. 8-70/1.

² Doc., Kamer, 2024-2025, nr. 707/1.

Artikel 2 vult artikel 1 van het decreet van 17 januari 1994 aan met een lid dat de duidelijke scheiding en onafhankelijkheid tussen parlementaire en gerechtelijke onderzoeken waarborgt. Een parlementair onderzoek kan zowel vóór, tijdens als na een gerechtelijk onderzoek over dezelfde aangelegenheid worden ingesteld, zodat beide onderzoeken parallel kunnen verlopen. Een parlementair onderzoek mag echter een gerechtelijk onderzoek noch vervangen, noch belemmeren.

Dit artikel voert eveneens een terminologische correctie door (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 3

Dit artikel voert een terminologische correctie door in artikel 2 van het decreet van 17 januari 1994 (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 4

Het is van wezenlijk belang dat parlementaire onderzoekscommissies hun werkzaamheden onder de grootst mogelijke vertrouwelijkheid kunnen uitoefenen. Daarom is het noodzakelijk dat de onderzoekscommissie het recht van parlementsleden om deel te nemen aan de vergaderingen van de onderzoekscommissie kan beperken, voor zover dit nodig is om de doeltreffendheid en integriteit van het onderzoek te waarborgen.

Om de onderzoekscommissie meer flexibiliteit te geven, wordt bepaald dat zij te allen tijde, ook na haar instelling, kan beslissen om in openbare zitting te vergaderen. Deze bepaling stelt de onderzoekscommissie in staat om afhankelijk van de situatie te beslissen of geheimhouding nog steeds vereist is.

Er wordt eveneens gepreciseerd dat alle personen die deelnemen aan niet-openbare vergaderingen van de onderzoekscommissie verplicht zijn het vertrouwelijke karakter van de werkzaamheden van de onderzoekscommissie te respecteren. Daartoe moeten zij een eed van geheimhouding afleggen, die een formele en juridisch bindende verplichting tot geheimhouding inhoudt en dient ter bescherming van gevoelige informatie. Schending van de geheimhoudingsplicht wordt bestraft overeenkomstig de bepalingen van artikel 458 van het Strafwetboek.

Schendingen van de geheimhoudingsplicht door parlementsleden vallen onder de bepalingen van het reglement van het Parlement. Dit dient ter handhaving van de discipline en integriteit binnen het Parlement en ter versterking van het vertrouwen in het werk van de onderzoekscommissie.

In aansluiting op het wetsvoorstel van de Senaat van 23 januari 2025³ en op de ordonnantie van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest van 16 mei 2024⁴ wordt artikel 3 van het decreet van 17 januari 1994 aangevuld met een zevende lid. Deze bepaalt uitdrukkelijk dat processen-verbaal van niet-openbare vergaderingen van een parlementaire onderzoekscommissie niet in beslag kunnen worden genomen door een rechterlijke beslissing. Indien de gerechtelijke autoriteiten de overdracht verlangen van processen-verbaal van getuigenverklaringen die in een niet-openbare vergadering van een onderzoekscommissie zijn afgelegd, of van documenten die tijdens een dergelijke vergadering zijn overhandigd, is het aan een onderzoekscommissie om overeenkomstig het nieuwe lid 9 van artikel 3 van het decreet van 17 januari 1994 naar eigen inzicht te beslissen over een mogelijke opheffing van de geheimhouding.

³ Doc., Senaat, 2024-2025, nr. 8-70/1.

⁴ Ordonnantie van 16 mei 2024 tot wijziging van de ordonnantie van 19 juli 2001 betreffende het parlementair onderzoek.

In aansluiting op het wetsvoorstel van de Kamer van Volksvertegenwoordigers van 11 februari 2025⁵ wordt artikel 3 van het decreet van 17 januari 1994 aangevuld met de leden 8 tot en met 10. Deze bepalingen regelen het einde, de verlenging en de opheffing van de geheimhoudingsplicht met betrekking tot documenten die voortkomen uit een geheim parlementair onderzoek.

In principe eindigt de geheimhoudingsplicht automatisch na het verstrijken van een termijn van 50 jaar vanaf de publicatie van het verslag van de onderzoekscommissie. Indien er geen verslag is, eindigt zij 50 jaar na het einde van het mandaat van de onderzoekscommissie.

In uitzonderlijke gevallen kan worden beslist om de hierboven vermelde termijn te verlengen. Een dergelijke beslissing kan worden genomen op schriftelijk verzoek van een derde of op initiatief van het Parlement. Daartoe stelt het Parlement een nieuwe onderzoekscommissie in, die beslist over de verlenging van de geheimhoudingsplicht door het onderzoek te heropenen en de gegevens zowel in hun toenmalige als in hun huidige context te plaatsen. Dit maakt de toepassing van de regels ter waarborging van de vertrouwelijkheid mogelijk. Zolang er geen uitdrukkelijke beslissing van de onderzoekscommissie tot verlenging van de geheimhoudingsplicht is, blijft de oorspronkelijk vastgestelde termijn van kracht. De duur van de geheimhoudingsplicht mag echter niet meer dan 100 jaar bedragen.

Een schriftelijk verzoek tot opheffing van de geheimhoudingsplicht kan uitsluitend door een rechter aan het Parlement worden gericht, voor zover dit in het kader van zijn onderzoek noodzakelijk is. Het verzoek mag uitsluitend betrekking hebben op de verklaring van een overleden persoon. Het Parlement kan vervolgens een nieuwe onderzoekscommissie instellen. Deze commissie beslist over het verzoek tot opheffing van de geheimhoudingsplicht. Zolang er geen uitdrukkelijke beslissing van de onderzoekscommissie tot opheffing van de geheimhoudingsplicht is, blijft zij van kracht.

Daarnaast voert dit artikel een terminologische correctie door (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 5

Artikel 4 van het decreet van 17 januari 1994 wordt volledig vervangen om de onderzoeksmaatregelen, de procedure voor de uitvoering ervan en het inwinnen van informatie door de onderzoekscommissie te verduidelijken.

De verwijzing in het huidige lid 1 naar de onderzoeksrechter wordt vervangen door een verwijzing naar de in het Wetboek van Strafvordering voorziene onderzoeksmaatregelen. Gezien het beginsel van de scheiding der machten is een duidelijke afbakening tussen de bevoegdheden van de parlementaire onderzoekscommissie en die van de rechterlijke macht onontbeerlijk. De onderzoekscommissie voert geen gerechtelijke onderzoeken uit en kan dus niet worden gelijkgesteld met de onderzoeksrechter. De voorgestelde nieuwe formulering van het artikel stelt de onderzoekscommissie echter nog steeds in staat om uitgebreide en doeltreffende onderzoeksmaatregelen uit te voeren.

§§ 2 en 3 creëren de rechtsbasis voor het inschakelen van een magistraat voor de uitvoering van bepaalde onderzoeksopdrachten van de commissie. Hoewel de onderzoekscommissie in theorie alle in het Wetboek van Strafvordering voorziene onderzoeksmaatregelen kan uitvoeren, beschikt zij doorgaans noch over de nodige tijd, noch over de vereiste ervaring en juridische expertise om deze maatregelen met succes uit te voeren. Daarom is de onderzoekscommissie aangewezen op de medewerking van een deskundige magistraat.

⁵ Doc., Kamer, 2024-2025, nr. 707/1.

Indien het Parlement of de onderzoekscommissie voor de uitvoering van bepaalde onderzoeksmaatregelen een beroep wil doen op de ondersteuning van magistraten, moet een verzoek worden gericht aan de eerste voorzitter van het hof van beroep. Deze wijst één of meer raadsheren bij het hof van beroep of rechters van de rechtbank van eerste aanleg aan binnen het rechtsgebied waar de onderzoeksmaatregel moet worden uitgevoerd. De aangewezen magistraat werkt onder leiding van de voorzitter van de onderzoekscommissie, zonder echter onder diens tuchtrechtelijke toezicht te vallen. Hij legt de resultaten van zijn onderzoek vast in een schriftelijk verslag dat hij aan de onderzoekscommissie doorgeeft.

Voor een groot aantal onderzoeksmaatregelen is de medewerking van een magistraat verplicht. § 3 bevat een limitatieve opsomming van deze specifieke onderzoeksmaatregelen: beperkingen van de bewegingsvrijheid, inbeslagneming van voorwerpen, huiszoekingen, af luistermaatregelen en het registreren, opnemen en analyseren van berichten en privécommunicatie, zoals het af luisteren van telefoongesprekken. Gezien de gevoeligheid en complexiteit van deze onderzoeksmaatregelen is de betrokkenheid van een ervaren magistraat noodzakelijk, met name om de rechten en belangen van de betrokken personen te waarborgen.

§ 4 bepaalt dat een onderzoekscommissie inzage kan nemen in de dossiers van een lopend gerechtelijk opsporingsonderzoek, op voorwaarde dat het parlementaire onderzoeksrecht het gerechtelijk onderzoek niet belemmert. Het desbetreffende verzoek moet worden gericht aan de bevoegde procureur-generaal bij het hof van beroep, aan de auditeur-generaal bij het hof van beroep of aan de auditeur-generaal bij het militair gerechtshof.

Ter beslechting van eventuele conflicten met de gerechtelijke autoriteiten, met name in gevallen waarin de bevoegde magistraat de gevraagde inzage in dossiers weigert, verwijst de voorgestelde § 4 naar de arbitrageprocedure overeenkomstig artikel 4 § 5, tweede lid, van de wet van 3 mei 1880 op het parlementair onderzoek. Volgens deze procedure beslist een college, bestaande uit de eerste voorzitter van het Hof van Cassatie, de voorzitter van het Grondwettelijk Hof en de eerste voorzitter van de Raad van State, over het geschil.

Artikel 4 § 5, tweede lid, van de wet van 3 mei 1880 op het parlementair onderzoek schrijft eveneens de toe te passen procedure voor. Het college vergadert in besloten zitting en kan zowel de voorzitter van de onderzoekscommissie als de betrokken magistraat rechtstreeks horen. Het college beslist zonder mogelijkheid tot beroep. De met redenen omklede beslissing wordt in openbare zitting uitgesproken, waarbij rekening wordt gehouden met de respectieve belangen en in het bijzonder met de rechten van verdediging.

§ 5 regelt de uitoefening van het inzagerecht van de onderzoekscommissie in administratieve aangelegenheden.

Artikel 6

Dit artikel vult het decreet van 17 januari 1994 aan met een strafbepaling die betrekking heeft op getuigen die verzocht werden om als getuige te worden gehoord, maar geen gevolg geven aan de dagvaarding of zonder geldige reden afwezig blijven.

Daarnaast zijn de bepalingen van Boek I van het Strafwetboek, die onder meer betrekking hebben op rechtvaardigings- en verontschuldigungsgronden, verzachtende omstandigheden, van toepassing op de straf voor niet-verschijnen getuigen.

Dit artikel voert eveneens een terminologische correctie door (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikelen 7 en 8

Deze artikelen voeren een terminologische correctie door in de artikelen 6 en 7 van het decreet van 17 januari 1994 (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 9

Dit artikel verduidelijkt in het decreet van 17 januari 1994 de hoorzitting van getuigen in de onderzoekscommissie.

Voordat zij door de onderzoekscommissie worden gehoord, leggen de getuigen en deskundigen de eed af om de gehele waarheid en niets dan de waarheid te zeggen. Het gaat om dezelfde eed die artikel 75 van het Wetboek van Strafvordering ook oplegt aan getuigen voor de onderzoeksrechter.

Artikel 8 van het decreet van 17 januari 1994 wordt aangevuld met de bepaling dat getuigen het recht hebben om te weigeren een verklaring af te leggen wanneer zij zichzelf daardoor aan strafrechtelijke vervolging zouden blootstellen. Deze bepaling ontheft de opgeroepen getuige echter niet van de verplichting om voor de onderzoekscommissie te verschijnen en de eed af te leggen. Pas na het vervullen van deze formaliteiten kan de getuige weigeren te verklaren.

Ten slotte wordt een gedetailleerde regeling voorzien voor het opstellen van processen-verbaal van getuigenverklaringen.

Er wordt bovendien een terminologische correctie doorgevoerd (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 10

Dit artikel voert twee technische correcties door in artikel 9 van het decreet van 17 januari 1994.

Artikel 11

Dit artikel vervangt artikel 11 van het decreet van 17 januari 1994 om de vergoedingen van de personen die aan het onderzoek hebben meegewerkt te actualiseren.

Personen van wie de medewerking in het kader van het onderzoek werd ingeroepen, hebben recht op een vergoeding overeenkomstig het tarief van de gerechtskosten in burgerlijke zaken. Dit tarief werd vastgesteld bij het koninklijk besluit van 27 juli 1972 betreffende het getuigengeld in burgerlijke zaken en de inning en teruggave van de voorschotten bedoeld in artikel 953, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Artikel 12

Dit artikel voert een terminologische correctie door in artikel 12 van het decreet van 17 januari 1994 (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 13

Dit artikel verplicht de onderzoekscommissie tot het opstellen van een openbaar verslag over het uitgevoerde onderzoek. Dit verslag moet de werkzaamheden van de onderzoekscommissie weergeven, zonder dat het volledige verloop van de commissievergaderingen hoeft te worden opgenomen. Bovendien moet het eventueel aanbevelingen bevatten voor wijzigingen van de decreetgeving, de politieke ministeriële verantwoordelijkheid vaststellen en vragen over een mogelijke strafrechtelijke aansprakelijkheid opwerpen. Dit verslag moet worden voorgelegd aan de bevoegde commissie, die beslist over het verdere verloop.

Wat het openbare karakter van het verslag betreft, wordt verduidelijkt dat de onderzoekscommissie soeverein beslist of informatie die in niet-openbare vergaderingen is verkregen, wordt gepubliceerd. Het feit dat de onderzoekscommissie in besloten zitting vergadert, verhindert niet dat de verkregen informatie in het verslag wordt opgenomen. Deze informatie moet echter met de grootste zorg worden behandeld bij publicatie. Zolang de informatie niet in het commissieverslag is verwerkt, blijven alle betrokkenen bij het onderzoek tot absolute geheimhouding verplicht. Bovendien blijven geheime gegevens die niet in het verslag zijn verwerkt, onderworpen aan de geheimhoudingsplicht.

Om rekening te houden met de geheimhoudingsplicht, wordt bepaald dat informatie die in een besloten vergadering van de onderzoekscommissie is verkregen, in het verslag mag worden verwerkt, op voorwaarde dat zowel de identiteit van de getuigen als die van de door hen genoemde personen geheim blijft. Op deze manier is de mogelijkheid om in besloten zitting te vergaderen, inclusief de daaruit voortvloeiende geheimhoudingsplicht, verenigbaar met het opstellen van een verslag.

In principe geldt de geheimhoudingsplicht voor een periode van 50 jaar vanaf de publicatie van het verslag van de onderzoekscommissie. Indien er geen verslag is, eindigt zij 50 jaar na het einde van het mandaat van de onderzoekscommissie. Indien een parlementaire onderzoekscommissie tijdens haar onderzoek tot de conclusie komt dat deze termijn van 50 jaar niet volstaat, met name ter bescherming van de gehoorde persoon of diens familieleden, kan zij bij de afsluiting van haar werkzaamheden een termijn van meer dan 50 jaar aan het Parlement voorstellen. Het Parlement beslist over de verlenging van de beschermingsperiode. De duur van de geheimhoudingsplicht mag echter niet meer dan 100 jaar bedragen.

Daarnaast voert dit artikel een terminologische correctie door (zie het commentaar bij artikel 1).

Artikel 14

Een nieuw artikel 13.1 wordt ingevoegd in het decreet van 17 januari 1994. Dit artikel verduidelijkt het doel van de tijdsbeperking en de mogelijke opheffing van de geheimhoudingsplicht met betrekking tot documenten en informatie die afkomstig zijn uit besloten vergaderingen van de onderzoekscommissie.

L. SCHOLZEN

VOORSTEL VAN DECREET

Artikel 1 – In het opschrift van het decreet van 17 januari 1994 tot vaststelling van de werking van de commissies van onderzoek ingericht in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap, wordt het woord “Raad” vervangen door het woord “Parlement”.

Art. 2 – In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. In lid 1 worden de woorden “de Raad” vervangen door de woorden “het Parlement” en het woord “Raad” vervangen door het woord “Parlement”.
2. Het volgende lid 2 wordt ingevoegd:
 “De door het Parlement ingestelde onderzoeken treden niet in de plaats van de onderzoeken van de rechterlijke macht; ze kunnen daarmee samenlopen maar mogen het verloop ervan niet hinderen.”

Art. 3 – In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de woorden “De Raad” door de woorden “Het Parlement” vervangen.

Art. 4 – In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. In lid 1 wordt het woord “Raad” door het woord “Parlement” vervangen.
2. In lid 2 wordt het woord “Raad” door het woord “Parlement” vervangen en wordt tussen het woord “wonen” en de punt de zinsnede “, tenzij de commissie anders beslist” ingevoegd.
3. In lid 3 wordt volgende zin ingevoegd:
 “Een dergelijke beslissing kan te allen tijde worden genomen.”
4. Volgende leden 5 tot 10 worden ingevoegd:
 “Andere personen dan leden van het Parlement die, in welke hoedanigheid ook, de niet-openbare commissievergaderingen bijwonen of eraan deelnemen, zijn gehouden vooraf onder ede te verklaren het geheime karakter van de werkzaamheden te zullen naleven. Schending van die geheimhouding wordt gestraft overeenkomstig de bepalingen van artikel 458 van het Strafwetboek.

Indien een lid van het Parlement deze geheimhoudingsplicht schendt, gebeurt de bestraffing overeenkomstig het reglement van het Parlement.

Geen enkel stuk of verslag dat betrekking heeft op een niet-openbare vergadering van een parlementaire onderzoekscommissie, kan door een rechter in beslag worden genomen.

De geheimhouding vervalt hetzij vijftig jaar na de bekendmaking van het in artikel 13, eerste lid, bedoelde verslag, hetzij, bij ontstentenis van een verslag, vijftig jaar na het einde van het mandaat van de commissie, hetzij binnen de door het Parlement overeenkomstig artikel 13, derde lid, eventueel bepaalde termijn die langer is dan vijftig jaar.

Voor het verval van de overeenkomstig het achtste lid bepaalde termijn kan een rechter het Parlement schriftelijk verzoeken de geheimhoudingsverplichting op te heffen om tegemoet te komen aan de behoeften van zijn gerechtelijk onderzoek. Dat verzoek kan alleen van toepassing zijn op de getuigenis van een overleden persoon. Wanneer het Parlement een dergelijk verzoek ontvangt, kan het een door dit decreet geregelde commissie als bedoeld in artikel 2 instellen. Die commissie beslist over de opheffing van de geheimhoudingsverplichting voor de stukken die de commissie bepaalt.

Voor het verval van de overeenkomstig het achtste lid bepaalde termijn kan het Parlement, op eigen initiatief of na een schriftelijk aan het Parlement gericht verzoek van een derde, een door dit decreet geregelde commissie als bedoeld in artikel 2 instellen. Die commissie beslist over een eventuele verlenging van die termijn voor de

stukken die de commissie bepaalt. In geval van een dergelijke verlenging verstrijkt de geheimhouding uiterlijk honderd jaar na de bekendmaking van het in artikel 13, eerste lid, bedoelde verslag dan wel, bij ontstentenis van een verslag, honderd jaar na het einde van het mandaat van de commissie.”

Art. 5 – Artikel 4 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“Art. 4 – §1 Het Parlement of de commissie, alsook hun voorzitters voorzover die daartoe gemachtigd worden, kunnen alle in het Wetboek van Strafvordering omschreven onderzoeksmaatregelen nemen.

§2 - Voor het uitvoeren van onderzoeksverrichtingen die vooraf bepaald moeten worden, kan het Parlement of de commissie een verzoek richten tot de eerste voorzitter van het hof van beroep die één of meer raadsheren in het hof van beroep of één of meer rechters in de rechtbank van eerste aanleg van het rechtsgebied waarin de onderzoeksverrichtingen moeten geschieden, aanstelt.

Voor de uitvoering van deze onderzoeksverrichtingen staat de aangestelde magistraat onder leiding van de voorzitter van de commissie. Hij stelt een schriftelijk verslag op waarin de resultaten van zijn onderzoek worden opgetekend.

De aangestelde magistraat kan buiten zijn ambtsgebied optreden en zijn onderzoek tot heel het Rijk uitbreiden.

§3 - Wanneer de onderzoeksmaatregelen een beperking inhouden van de bewegingsvrijheid, een inbeslagneming van materiële goederen, een huiszoeking of het af luisteren, kennisnemen en opnemen van privé- communicatie en -telecommunicatie, is het optreden van de overeenkomstig § 2 aangestelde magistraat verplicht.

De artikelen 35 tot en met 39 en 90ter tot en met 90novies van het Wetboek van Strafvordering betreffende de inbeslagneming van materiële goederen en het af luisteren, kennisnemen en opnemen van privé- communicatie en -telecommunicatie worden toegepast door de in het vorige lid bedoelde magistraat.

§4 - Wanneer inlichtingen moeten worden opgevraagd in criminele, correctionele, politie- en tuchtzaken, richt de commissie tot de procureur-generaal bij het hof van beroep, de auditeur-generaal bij het hof van beroep of de auditeur-generaal bij het militair gerechtshof een schriftelijk verzoek tot het lichten van een door haar onontbeerlijk geacht afschrift van de onderzoeksverrichtingen en de proceshandelingen.

Indien die magistraat bij gemotiveerde beslissing meent niet te kunnen ingaan op dit verzoek, kunnen het Parlement, de commissie of hun voorzitters hiertegen in beroep gaan bij het college dat opgericht werd bij artikel 4, § 5, lid 2, van de wet van 3 mei 1880 op het parlementair onderzoek.

§5 - Wanneer inlichtingen moeten worden op gevraagd in bestuurszaken, richt de commissie een schriftelijk verzoek tot de bevoegde minister, die aan dat verzoek onmiddellijk gevolg geeft.”

Art. 6 – In artikel 5 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. Het woord “Raadspresident” wordt door het woord “parlements-president” vervangen en het woord “die” wordt door het woord “Die” vervangen.
2. Volgend lid 2 wordt ingevoegd:
 “Hij die gedagvaard wordt om als getuige te worden gehoord, is gehouden te verschijnen en aan de dagvaarding te voldoen, op straffe van gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en geldboete van vijfhonderd euro tot tienduizend euro. De bepalingen van boek I van het Strafwetboek zijn van toepassing.”

Art. 7 – In artikel 6 van hetzelfde decreet wordt het woord “Raadspresident” door het woord “parlementspresident” vervangen.

Art. 8 – In artikel 7 van hetzelfde decreet wordt het woord “raadsleden” door het woord “parlementsleden” vervangen.

Art. 9 – In artikel 8 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. In lid 1 wordt het woord “Raad” door het woord “Parlement” vervangen en wordt het woord “Nachlässigkeit” door het woord “Nachlässigkeit” vervangen.
2. Lid 2 wordt vervangen als volgt:
“Alvorens te worden gehoord, vertonen de getuigen de uitnodiging of de dagvaarding waarbij zij worden opgeroepen om te getuigen; daarvan wordt melding gemaakt in het proces-verbaal. Vóór zijn verhoor doet de getuige opgave van zijn identiteitsgegevens, plaats en datum van geboorte en woonplaats.

De getuigen en de deskundigen leggen vervolgens de eed af dat zij de gehele waarheid en niets dan de waarheid zullen zeggen.

De deskundigen bevestigen hun mondelinge dan wel schriftelijke verslagen met de als volgt gestelde eed: “Ik zweer dat ik mijn opdracht in eer en geweten, nauwgezet en eerlijk vervuld heb.”

Onverminderd het inroepen van het beroepsgeheim bedoeld in artikel 458 van het Strafwetboek, kan iedere getuige aanvoeren dat hij, door naar waarheid een verklaring af te leggen, zich zou kunnen blootstellen aan strafvervolging en derhalve getuigenis weigeren.

Het proces-verbaal van de getuigenissen wordt getekend, hetzij onmiddellijk, hetzij uiterlijk vijftien dagen na de beëindiging van het verhoor, door de voorzitter en de getuige, nadat deze daarvan voorlezing heeft gekregen en verklaard heeft te volharden bij zijn verklaringen. Er mag niet tussen de regels worden geschreven; doorhalingen en verwijzingen worden door de voorzitter en de getuige goedgekeurd en geparafeerd.

Indien de getuige weigert zijn getuigenis te tekenen, wordt daarvan melding gemaakt in het proces-verbaal.”

Art. 10 – In artikel 9 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. In lid 1 wordt het woord “Wahl” door het woord “Wahl-” vervangen.
2. In lid 2 worden de woorden “3.000 frank” door de woorden “3.000 euro” vervangen.

Art. 11 – Artikel 11 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“Art. 11 – De vergoedingen verschuldigd aan de personen wier medewerking bij het onderzoek is gevorderd, worden uitgekeerd overeenkomstig het tarief van gerechtskosten in burgerlijke zaken.”

Art. 12 – In artikel 12 van hetzelfde decreet wordt het woord “Raad” door het woord “Parlement” vervangen en het woord “die” wordt door het woord “dat” vervangen.

Art. 13 – In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. Voor lid 1 worden volgende leden ingevoegd:
“De commissie maakt van haar werkzaamheden een verslag, dat openbaar is. Zij vermeldt haar conclusies en formuleert, in voorkomend geval, opmerkingen over de verantwoordelijkheden die door het onderzoek aan het licht zijn gebracht, en voorstellen over een wijziging van de wetgeving.

De informatie die tijdens of naar aanleiding van de niet-openbare vergaderingen bekendgemaakt wordt, is geheim. De geheime informatie kan slechts in het eindverslag

verwerkt worden, voor zover de identiteit van de getuigen en de identiteit van de door de getuigen genoemde personen geheim blijft.

Indien uit het onderzoek blijkt dat zulks noodzakelijk is, kan een commissie aan het Parlement voorstellen om een in artikel 3 bedoelde vervalt termijn voor de geheimhouding vast te stellen die langer is dan vijftig jaar na de bekendmaking van het verslag of, bij ontstentenis van een verslag, na het einde van het mandaat van de commissie, zonder dat die termijn ooit meer dan honderd jaar mag bedragen. De definitieve beslissing hierover wordt door het Parlement genomen.”

2. In lid 1, dat lid 4 wordt, worden de woorden “de Raad, die” door de woorden “het Parlement, dat” vervangen.
3. In lid 2, dat lid 5 wordt, worden de woorden “de Raad” door de woorden “het Parlement” vervangen.

Art. 14 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 13.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 13.1 – De artikelen 3, achtste tot tiende lid, en 13, derde lid, hebben tot doel een evenwicht te bewerkstelligen tussen de bescherming van het recht op eerbiediging van het privéleven, het recht op informatie, de doeltreffendheid van het parlementair onderzoek en de mogelijkheid om mee te werken aan een gerechtelijk onderzoek.”

L. SCHOLZEN